



Dienstag, 28. August 2018

Medieneinladung zur Pressekonferenz des Regiokomitees „Ja zur Fairfood-Initiative“

Wir laden Sie herzlich zur Pressekonferenz des Regiokomitees „Ja zur Fairfood-Initiative am 3. September ein. Diese findet um 10 Uhr im *Backwaren Outlet* an der Güterstrasse 110 in Basel statt.

Redebeiträge:

- Maya Graf, Nationalrätin und Co-Präsidentin des Initiativkomitees
- Peter Jossi, Koordinator Slow Food-Politgruppe
- Dominik Beeler, Co-Präsident VCS
- Paula Carle, junges grünes bündnis nordwest
- Nicolas Eichenberger, Juso Basel-Stadt

Wir würden uns freuen, Sie an der Mitgliederversammlung begrüßen zu dürfen, und bitten Sie, sich bis zum 31. August 2018 unter basel@fair-food.ch anzumelden.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen zur Verfügung:

- Oliver Thommen, Leitung Regiokomitee, 061 383 98 33



Unterstützende Organisationen des Regiokomitees



Basel vegan



Für Mensch
und Umwelt





Pressetexte

Einleitung durch NR Maya Graf, Co-Präsidentin Fair-Food Initiative

Faire und umweltfreundliche Lebensmittel sind ein Gewinn für alle

Die Fair-Food Initiative stärkt das Angebot an fair und nachhaltig produzierten Lebensmitteln. Davon profitieren Bauernfamilien, KonsumentInnen, Nutztiere und Umwelt. Sie zeigt konkrete Lösungen auf, um Herausforderungen wie den Klimawandel, die Lebensmittelverschwendung, die umweltbelastender industrieller Landwirtschaft und Importe aus Tierquälerei anzupacken. Nicht mit mehr, aber durch bessere Regeln fördert sie Lebensmittel, die naturnah, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen produziert sind. Damit steigt das Angebot an Lebensmitteln, die mit gutem Gewissen konsumiert werden können. Es geht nicht um Verbote, sondern um Marktvorteile für gesunde, umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel.

Alle Menschen sollen anständig produzierte Lebensmittel von guter Qualität zur Verfügung haben. Deshalb ist es zynisch, wenn ausgerechnet Economiesuisse und die Profiteure der Massenfleischimporte nun die Menschen mit kleinem Budget vorschieben, um weiterhin Fleisch aus tierquälereischer Produktion und mit Hormonen und Antibiotika gedopte Lebensmittel in die Schweiz zu holen. Und zwar über 100'000 Tonnen im Jahr. Economiesuisse mit den bürgerlichen Parteien im Schlepptau sollten besser bei den hohen Mieten und Krankenkassenprämien ansetzen. Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Gemüse- und Früchteplantagen in Südeuropa, Tierfabriken mit enormem Tierleid in der EU, Umweltzerstörung und verarmte Bauernfamilien haben nichts mit bedürftigen Menschen in der Schweiz zu tun, sondern sind die Folgen von Profitgier und falscher Agrarpolitik. Lebensmittel sind heute für Importeure und Handel ein höchst lukratives Geschäft. Das zeigten die Bodenhaltungs-Importeure aus Holland, die millionenfach importiert werden: Der Produzent bekommt für ein Ei 6-8 Rappen. Im Schweizer Laden wird es zu 24-33 Rappen pro Stück verkauft. Für das Masthähnchen aus Deutschland erhält der Mäster knapp 2 Franken pro Huhn. In der Schweiz wird das gleiche Pouletbrüstli dann für 18-20 Franken pro Kilogramm angeboten. Bei diesen extrem hohen Margen ist die Forderung der Fair-Food Initiative nach besseren Arbeitsbedingungen und mehr Tierschutz nicht nur mach- und zahlbar, sondern führt zu mehr Qualität und Lebensmittelsicherheit für die Konsumentinnen und Konsumenten. Dabei ist die Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Handelsverträge das erklärte Ziel der Initianten.

Zudem soll im Inland unsere bewährte Qualitätsstrategie in der Landwirtschaft durch mehr Regionalität und Nachhaltigkeit gefördert werden. Mehr saisonale, frische Lebensmittel aus der Nähe machen das Essen nicht teurer. Durch das Vermeiden von Lebensmittelverschwendung können wir sogar sparen. Denn heute werfen wir ein Drittel unserer Lebensmittel weg. Die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz sind qualitätsbewusst. Leider fehlt heute die Transparenz. Die Deklaration von Herkunft und Produktionsmethode muss dringend präzisiert werden.



Die Unterstützung für die Fair-Food Initiative wächst jeden Tag, bereits kämpfen 50 Organisationen im nationalen Abstimmungskomitee für ein JA zur Initiative. Sie allen wollen die Chance nutzen für mehr Nachhaltigkeit und Qualität für unser Lebensmittelangebot. Mehr faires und gesundes Essen auf dem Tisch ist ein Gewinn für alle in der Wertschöpfungskette.



Peter Jossi, Koordinator Slow Food-Politgruppe

Fair-Food – einfach gute Praxislösungen

Als Bäcker-Konditor im Erstberuf begrüsse ich Sie in diesem für mich immer noch sehr vertrauten Bäckerei-Ambiente. Seit mehr als 30 Jahren engagiere ich mich für die Herstellung von Qualitäts-Lebensmitteln, heute als Lebensmittel-Ingenieur vor allem in beratenden Funktionen mit dem Fokus auf praxistaugliche Nachhaltigkeitslösungen.

Vor diesem beruflichen Hintergrund und als Politkoordinator von Slow Food Schweiz empfehle ich Ihnen «Fair-Food-Initiative». Im Zentrum der derzeit laufenden Debatte steht die Frage nach den richtigen volks- und handelsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Ernährungspolitik für alle.

Nachhaltige Handelskriterien – Fair-Food-Initiative setzt Verfassungsauftrag durch

Die Forderungen der Fair-Food-Initiative sind im Grundsatz bereits in den Gegenentwurf zur Initiative des Bauernverbands «Für Ernährungssicherheit» eingeflossen. Der Druck der Fair-Food-Initiative ist jedoch offensichtlich nach wie vor notwendig. Bei Handelsabkommen müssen Nachhaltigkeitskriterien in der Land- und Ernährungswirtschaft seit der Abstimmung im Herbst 2017 verbindlich integriert werden – bei den laufenden Mercosur-Verhandlungen ist davon kaum die Rede.

Bewährte Branchenlösungen verbindlich stärken

Die Fair-Food-Initiative verfolgt einen innovativen Ansatz, indem sie Qualität und Handel verbindet und gut eingespielte Praxislösungen für alle Vermarkter verbindlich macht. Viele Grossverteiler und Branchenverbände einigen sich etwa beim Tierschutz seit Jahren auf gemeinsame Grundanforderungen, die über das gesetzlich zwingend geforderte Mass hinaus gehen. Beim Import ist die Förderung sozial-ökologischer nachhaltiger Standards über Bio- und Fairtrade-Labelsortimente hinaus beispielsweise für Palmöl und Soja gut etabliert. Auf ähnliche Weise wird die Einhaltung arbeits- und umweltrechtlicher Grundanforderungen sichergestellt. Für die Überprüfung arbeiten staatliche und privatrechtliche Vollzugsorgane Hand in Hand. Ein gut ausgebautes und grenzüberschreitend koordiniertes Standard- und Zertifizierungssystem für eine grosse Vielfalt an Qualitätsanforderungen gut etabliert.

Importkontingente für Bio und Fair-Trade

Als direkte staatliche Massnahmen verfügt der Bund im Bereich der Importversteigerungen, etwa beim Fleisch. Bisher werden die entsprechenden Mengenkontingente einfach an die Meistbietenden vergeben. Die Fair-Food-Initiative schafft hier die rechtliche Grundlage für einen Systemwechsel, der gerade im Zusammenhang mit den Mercosur-Verhandlungen sich als sinnvoll und mehrheitsfähig erweisen könnte: Die Kontingente sollen in Zukunft an den die beste zur Verfügung stehende Nachhaltigkeits-Qualität vergeben werden - also z.B. an die Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards geknüpft sein. Dies würde gerade bei den Importen einen Nachhaltigkeitswettbewerb bewirken - und zudem den Konkurrenzdruck auf das Schweizer Angebot auch aus preislicher Sicht entlasten.



Nachhaltige Handelsbeziehungen - Bundesrat setzt Verfassung nicht um

Der neu formulierte Verfassungsartikel 104a zur Bedeutung der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft enthält mit «Buchstabe d» erstmals eine wichtige Verpflichtung an die Politik: Bei «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen» müssen die politischen Verantwortlichen auf Vereinbarungen zu setzen, «die zur nachhaltigen Entwicklung der Land und Ernährungswirtschaft beitragen».

Fair-Food-Initiative hat die Lösungen

Der bisherige Verlauf der Mercosur-Verhandlungen zeigt, dass Umweltschutz- und Sozialstandards offenbar kaum eine konkrete Rolle spielen. Der Bundesrat hat die verbindliche «Ballvorlage» nicht aufgenommen und sich damit ohne Not einen Vertrauensverlust weit über die Landwirtschaftsbranche hinaus eingehandelt. Da für die Staatengemeinschaft heute zudem verbindliche Abkommen wie die Klimaziele (CPO 21) und die globalen Nachhaltigkeitszielsetzungen (SDG) einzuhalten sind, ist diese Haltung umso weniger akzeptable und möglicherweise gar handelsrechtlich anfechtbar. Das Argument gegenüber der Fair-Food-Initiative, sie führe zu rechtlich nicht umsetzbaren technischen Handelshemmnissen, kehrt sich damit ins Gegenteil. Vielmehr schafft die Fair-Food-Vorlage die Voraussetzungen, damit zeitgemässe Handelsverträge unter Einbezug der globalen Nachhaltigkeitsverpflichtungen umgesetzt und eingehalten werden können.



Paula Carle, Co-Präsidentin junges grünes bündnis nordwest

Kampagne für Verhinderung von Foodwaste

Ich darf hier und heute eines der Anliegen der jungen Generation zur Fair-Food Initiative vorstellen. Bei unserer eigenen Kampagne der Jungen Grünen Schweiz liegt der Fokus auf dem Thema Foodwaste. Immer mehr junge Menschen beschäftigen sich mit unserem hiesigen Konsumverhalten, dem damit zusammenhängenden Ressourcenverbrauch und der Frage nach der Nachhaltigkeit. Das Bewusstsein über unser übermässiges Angebot und der damit zusammenhängenden Frage nach der Ressourcenverträglichkeit und der Verschwendung scheint gross zu sein.

Auch eine Studie des WWF Schweiz zeigt¹, dass nur zwei Drittel der in der Schweiz geernteten oder importierten Lebensmittel tatsächlich konsumiert werden. Das restliche Drittel wird in der Landwirtschaft und in der Verarbeitung aussortiert, bei der Zubereitung in der Küche weggerüstet oder als Überschuss im Abfall entsorgt. Das entspricht pro Jahr rund 2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, die so im Abfall landen.

Diese Verluste müssen verringert und die Verschwendung gestoppt werden. Mit der Fair-Food Initiative liesse sich diese Lebensmittelverschwendung künftig verhindern. Ausserdem verursacht die Produktion von Lebensmitteln 30 Prozent aller Umweltbelastungen. Werfen wir sie in den Abfall, werden knappe Ressourcen wie Wasser, Böden und fossile Energieträger unnötig belastet. Wir wollen uns deshalb verstärkt für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Lebensmittelsektor einzusetzen.

Unsere Ziele

Unser Ziel der Kampagne ist es, die Konsumentinnen und Konsumenten auf das akute Problem der Lebensmittelverschwendung aufmerksam zu machen. Nebst unseren Flyern verteilen wir an Aktionen deshalb Früchte oder Gemüse an die Passantinnen und Passanten, die aufgrund von Form-, Grössen-, oder Farbfehlern nicht verkauft werden können. Durch die Verteilaktionen möchten wir darauf aufmerksam machen, dass die geltenden Normierungsvorschriften nichts über die Qualität eines Produkts aussagen und so Unmengen von geniessbaren Lebensmitteln entsorgt und somit verschwendet werden.

Unsere Aktionen

Für unseren nationalen Kampagnenstart haben wir 100kg Zucchini eingekocht, die sonst im Abfall gelandet wären. Ausserdem finden, organisiert von den JGCH, an zwei Samstagen nationale Verteilstage im ganzen Land statt. Der erste war bereits am 1.9., der nächste ist am 15.9. Auch das jgb hat am vergangenen Samstag rund um den Barfüsserplatz 50kg vom Foodwaste gerettete Rüebli und unsere Flyer an Passantinnen und Passanten verteilt. Es kam dabei zu vielen tollen Begegnungen und Gesprächen und wir erhielten Anerkennung und Wertschätzung für unsern Einsatz für ein nachhaltigeres Produktions- und Konsumverhalten.

¹ Almeida, João und Beretta, Claudio (2012): Lebensmittelverluste in der Schweiz – Ausmass und Handlungsoptionen.



Redebeitrag Dominik Beeler, Co-Präsident VCS beider Basel

Der VCS beider Basel unterstützt, wie auch der VCS auf nationaler Ebene, die Fair-Food-Initiative. Die Initiative fordert neben der Förderung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln auch, dass die negativen Auswirkungen des Transportes von Lebens- und Futtermittel auf die Umwelt und das Klima reduziert werden. Besonders belastend für unser Klima wirkt hier vor allem der Flugverkehr, der bislang von staatlicher Seite durch fehlende Abgaben auf Treibstoffe sogar noch indirekt subventioniert wird. So ist er von der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer befreit, sowie von CO₂-Abgaben völlig ausgenommen.

Gleichzeitig beeinflusst der Flugtransport die Klimabilanz der Nahrungsmittel spürbar: Pro Kilogramm und zurückgelegter Kilometer ist der Treibhausausstosses eines eingeflogenes Produkt 10 Mal höher, als wenn es vom Lastwagen transportiert worden wäre und 100 Mal höher als wenn es mit dem Schiff transportiert worden wäre. Zum Beispiel ein Kilo Grünspargel: In der Schweiz angebaut und konsumiert verursacht er 1 Kilo CO₂, eingeflogen aus Peru sind es 15 Kilo CO₂. So ist auch die Klimabelastung eines nach höchsten Bio-Standards produzierten Lebensmittels katastrophal, sobald es mit dem Flugzeug transportiert wird.

Der Flugverkehr ist rund für 18% der von der Schweiz verursachten Klimafolgen verantwortlich, Tendenz steigend. Wollen wir die Ziele des Pariser Klimakommens erreichen muss hier sofort ein Umdenken stattfinden. Mit einem JA zur Fair-Food-Initiative am 23. September machen wir den Weg frei für kürzere Transportwege und einer Reduktion der Luftfracht.



Nicolas Eichenberger, Juso Basel-Stadt

Oft werden die Schweizer Tierschutzbestimmungen als Ausreichend gelobt und dienen als Deckmantel für allerlei Nutzung und Ausbeutung von sogenannten Nutztieren. Gerade zu Nahrungszwecken verbrauchen wir in der Schweiz rund 60 Million Tiere pro Jahr.

Doch bei Importen gelten keine Schweizer Standards, aus dem Ausland können tierische Produkte problemlos importiert werden, auch wenn sie unter viel schlechteren Bedingungen hergestellt wurden. Hühner in Batteriehaltung oder auch eine Kastrierung von Ferkel ohne Betäubung ist hierzulange verboten, dennoch finden sich Produkte aus solcher Herstellung zuhauf in unserer Läden.

Dieselbe Problematik bei Massentierhaltung, welche in der Schweiz auch praktiziert wird, auch wenn mit kleineren Tiergruppen als zum Beispiel in der angrenzenden EU.

Die Fair-Food-Initiative will die Deklaration transparenter gestalten und wenn nötig Einfuhr Bestimmungen erlassen, um Schweizer Produzentinnen und Produzenten zu schützen.

